

DAS GERICHT PRAESENTIA REGIA IN UNGARN AM ENDE DES 13. JAHRHUNDERTS

von

JÓZSEF GERICS

Das 13. Jahrhundert brachte in der Staatsverwaltung und Justiz Ungarns bedeutende Änderungen mit sich.¹ In der zweiten Hälfte des Jahrhunderts können wir in einer äusserst komplizierten Lage — allerdings nur vorübergehend und während einer relativ kurzen Zeit — Zeugen des Geschehens solcher Erscheinungen und des Auftauchens solcher Institutionen sein, deren im Laufe der Entwicklung des mittelalterlichen Staates noch eine bedeutende Zukunft harrte und die nach ihrem Verschwinden zu Beginn des 14. Jahrhunderts, im 15. Jahrhundert in ihrer völligen Entfaltung wiederkehrten. Wir denken hier vor allem an die Gestaltung der königlichen zentralen Rechtspflege und an die Einmischungsversuche des Adels in die Politik des Landes, die im Ständetag und durch den königlichen Rat erfolgt sind, und die sich sowohl in den letzten Jahrzehnten der Árpádenzeit wie auch in den letzten Lustren des 14. Jahrhunderts scharf abzeichnen. Die Wurzeln ihres Erscheinens dürften in beiden Fällen — wohl unter verschiedenen Umständen — in der Entkräftung der königlichen Gewalt und in der Bewegung des Adels zu suchen sein, der nach einer Waffe gegen die drohende Übermacht der Oligarchie Ausschau hielt. Diese Bestrebungen der königlichen Gewalt und des Adels führten allerdings am Ende des 13. Jahrhunderts ebensowenig zu einem Erfolg, wie ein Jahrhundert später, immerhin erfordern die entwickelten Formen des Erscheinens dieser Bestrebungen eine tunlichst eingehende, in die Details dringende Untersuchung. Einerseits können wir nämlich die Erscheinungen selbst mit keiner eingehenden Genauigkeit beschreiben, andererseits aber weisen diese Erscheinungen — soweit wir dies beurteilen können — dem Zeitalter entsprechend derart entwickelte Formen auf, dass wir diese aufgrund der uns über das gesellschaftliche und politische Leben des Endes der Árpádenzeit zur Verfügung stehenden Kenntnisse nur mit Mühe und Not zu begründen und erklären vermögen.

*

Der ersten verlässlichen Erwähnung eines Vorgängers des königlichen Hofrichteramtes, des königlichen *comes curialis* begegnen wir seit den

dreissiger Jahren des 12. Jahrhunderts. Seine Aufgabe dürfte damals die Verwaltung des königlichen Hofstaats und der Finanzen gewesen ein, genauso wie ehemals die des Palatinats, der sich später zum zentralen Gericht entwickelt hat. Die Entwicklung des späteren Richteramtes des *comes curialis* dürfte auf eine ähnliche Art und Weise wie jene des Palatins vor sich gegangen sein: aufgrund der aus gelegentlichen Beauftragungen erfolgten Vertretung der präsentialen Gerichtsbarkeit des Königs. Nachdem der zu Beginn des 13. Jahrhunderts erscheinende königliche Tavernikalmeister von ihm die Verwaltung des Hofstaats übernommen hat, begegnen wir sehr bald, im Jahre 1219, der neuen Bezeichnung seines Amtes, dem „*iudex curiae*“. Die Tätigkeit des königlichen Hofrichters als einer Behörde, die von der Vertretung der königlichen *praesentia* noch nicht selbständig geworden ist, veranschaulicht jene Verfügung des Artikels 9 in der Goldenen Bulle von 1222, wonach der *comes curialis* im königlichen Hofe über jedermann Recht sprechen kann, doch da er sich auf seinem eigenen Besitz aufhält, darf er die prozessführenden Parteien nicht vorladen.² Dieser Tätigkeit entsprang dann in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts – aufgrund der immer mehr zunehmenden Gerichtsexemptionen – seine Befugnis als Hofrichter, mit selbständigem Aufgabenkreis und eigener Schreibstube.³ Aber auch nach der Ausgestaltung seiner Selbständigkeit bewahrte er die Erinnerung an den Ursprung, indem er durchgehends die Bezeichnung *praesentia regia* gebrauchte und auch weiter in enger Beziehung zum König verblieb. Diese Beziehung kam – laut Formulierung von L. Kumorovitz – „in der Praxis der Beschwerdeaufnahme... und in der Erlassung der im Namen des Königs und mit seinem Siegel bekräftigten ersten Evokation zum Ausdruck. Die im Verlauf des Prozesses notwendig gewordenen weiteren Evokationen, Prozessvertagungen und Urteilsbriefe erliess der königliche Hofrichter bereits in seinem eigenen Namen, in seiner eigenen Kanzlei und mit seinem eigenen Siegel bekräftigt. Doch hinsichtlich des Stils verblieb auch in diesen Evokationen die Verbindung mit dem König weiter beibehalten: die Meldung lässt der königliche Hofrichter auch dann noch dem König zusenden, und die glaubwürdigen Orte adressieren sie tatsächlich an den König...“⁴

Die erste Urkunde seines Vertreters, des königlichen Vizehofrichters (*viceiudex curiae regiae*), kennen wir aus dem Jahre 1221,⁵ von diesem Zeitpunkt an begegnen wir, vorerst vereinzelt, aber während des ganzen Jahrhunderts seinen Urteilsbriefen und sonstigen Ausfertigungen.⁶ Bei Charakterisierung seiner Tätigkeit müssen wir vor allem bemerken, dass – indem der Richter, dessen Vertretung er versah, der Statthalter des richterlichen *praesentia* des Königs war – wir in unserer Erörterung trachten werden die Beziehung des *viceiudex* sowohl zum königlichen Hofrichter, wie auch zum König zu beleuchten. Zwecks leichterer Darlegung erscheint es für richtiger zuerst die Angaben bezüglich des Verhältnisses zwischen dem königlichen Hofrichter und dem Vizehofrichter vorzulegen.

Laut unseren Angaben bezeichnet der königliche Hofrichter den Vizehofrichter in den Jahren 1262 und 1277 als „*viceiudex noster*“⁷ und

bestätigt das vom Vizehofrichter gefällte Urteil.⁸ Im Jahre 1292 kam es vor, dass der Vizehofrichter seinen eigenen Urteilsbrief „der grösseren Sicherheit halber“ unter dem Siegel seines Herrn, des Hofrichters erliess.⁹ Über das Verhältnis zwischen dem Hofrichter und dem Vizehofrichter ist es wichtig zu wissen, dass der zwischen 1293 und 1297 amtierende Vizehofrichter Martin von Devecser auf seinem Siegel das gleiche Wappen des Geschlechts Péc führte, wie der zur gleichen Zeit amtierende königliche Hofrichter Apor,¹⁰ den er in mehreren seiner Ausfertigungen seinen „Herrn“, „dominus“ nennt, im Jahre 1299 aber fertigt der königliche Hofrichter Stephan eine solche Bestätigung aus, laut deren gewisse Parteien ihm eine Geldbusse entrichteten, mit der sie seinem *Servienten*, dem Vizehofrichter Stephan, als dem Verhandlungsleiter des Prozesses schuldeten.¹¹ Ausserdem scheint es, dass die Tätigkeitsdauer der einzelnen *vicejudices* – zumindest zur Regierungszeit Andreas III. – im grossen und ganzen mit jener Zeitdauer zusammenfällt, während welcher ihre Herren ihre Würde bekleideten.¹²

Seit den 60er Jahren des 13. Jahrhunderts aber können wir Zeugen solcher interessanter Erscheinungen sein, aus denen wir folgern können, dass der Vizehofrichter die Präsenzialgerichtsbarkeit des Königs am Hofe übernimmt.

Die erste Urkunde, die so ausgelegt werden kann, wurde vom Domkapitel zu Fünfkirchen im Jahre 1267 erlassen. Demnach ging der glaubwürdige Ort im Sinne des Mandates König Bélas IV., aufgrund von königlichen und hofrichterlichen Akten in einer Mordanelegenheit vor, in der die Vorladung der Beklagten vor den König, seine Hofrichter und Vizehofrichter erfolgt war.¹³ Die andere diesbezügliche Angabe stammt ebenfalls aus einer Urkunde des selben Domkapitels, die um das Jahr 1268 ausgefertigt wurde. Das Domkapitel meldet nämlich dem *vicejux curiae* des Herzogs Béla namens Ompudus: „Nachdem wir den Brief Euer Hochgeboren erhalten haben, ... gaben wir Blasius, dem Mann des Herzogs B. unseren Mann bei. Er ... erzählte uns, dass Blasius ... in seiner Gegenwart eine Vorladung ... vor die *praesentia* des Herzogs B. bewerkstelligt hat, wobei er als Termin den fünfzehnten Tag nach Epiphania bezeichnete. Solches haben wir Euch geschrieben, dies war Euer Ersuchen an uns“. Auf der Aussenseite der Urkunde ist „Dem Herrn Herzog B. ... für den fünfzehnten Tag nach Epiphania“ zu lesen.¹⁴

Über die Beurkundungstätigkeit in der Kanzlei des Herzogs Béla wissen wir, dass sich diese völlig der Praxis des königlichen Hofes anpasste, und zwar so sehr, dass in seinen Urkunden sogar der „*annus ducatus*“ ausgeschrieben wurde.¹⁵ Daher ist es wahrscheinlich, dass auch die Organisation seiner Hofgerichtsbarkeit den königlichen Gepflogenheiten entsprach. Wenn demnach sein Vizehofrichter hier als Verteter der richterlichen Präsenz des Herzogs gehandelt hat und eine Vorladung vor die Präsenz des Herzogs anordnete, begann sicherlich auch der königliche Vizehofrichter zu jener Zeit die Präsenz des Königs zu vertreten. Die Urkundenformeln der glaubwürdigen Orte weisen hingegen gewisse Anfangsschwankungen auf: über die vor die herzogliche Gegenwart erfolgte

Vorladung erstatten sie dem *vicejux* Meldung, auf der Aussenseite der Urkunde ist die Adresse jedoch nicht an ihn, sondern an „den Herrn Herzog (Béla)“ gerichtet. Daraus dürfen wir wohl darauf folgern, dass die Vertretung der Präsenz von seiten des *vicejux* damals noch für eine neue Institution angesehen werden durfte.

Jener Prozess, dessen Beginn in den 60er Jahren zu suchen ist, setzte sich in den folgenden Jahren weiter fort. Die Gerichtsbarkeit des Vizehofrichters bewirkte nämlich zur Regierungszeit Ladislaus' IV. (1272–1290) und Andreas' III. (1290–1301) die Ausfertigung solcher Urkunden, die genau den gleichen Charakter und die gleiche Formulierung aufweisen wie jene, mit denen Kumorovitz in seinen bereits erwähnten Feststellungen die mit der Justizpflege des *jux curiae* zusammenhängenden Ausfertigungen charakterisiert hat. So verlangt Vizehofrichter Dominicus im Jahre 1284 vom Prämonstratenserstift zu Hatvan den Bericht über die auf seine Anordnung durchgeführte Besitzeinweisung an den König zu senden,¹⁶ das Domkapitel zu Vác durchführt auf „Petition“ des *vicejux* eine Vorladung und erstattet hierüber dem König Ladislaus IV. Meldung,¹⁷ das Domkapitel zu Grosswardein meldet gleichfalls demselben Herrscher eine Flurbesichtigung und eine Vorladung zur seinen Präsenz, die es auf Verfügung des *vicejux* durchgeführt hat¹⁸ usw. Es kommt wiederholt vor, so z. B. auch in den Jahren 1293, 1295 und 1300, dass die verschiedenen Vizehofrichter über „*praesentia regia, id est nostra scilicet vicejudicis curiae regiae*“ sprechen,¹⁹ die persönliche Rechtsprechung des Königs hingegen wird zwecks Unterscheidung von der des Vizehofrichters in einem auch vor dem *vicejux* verhandelten Prozess im Jahre 1296 „*specialis praesentia regis*“ genannt.²⁰

Eine Gruppe der Angaben bieten im grossen und ganzen ein solches Bild von der Tätigkeit des *vicejux* und seiner Beziehung zum königlichen Hofrichter wie wir im Mittelalter das Verhältnis jedweden Barons, der eine Landeswürde bekleidete, zu seinem familiären oder servienten *vicesgerens*, seinem Vertreter kennen.

Andere Angaben hingegen zeugen davon, dass die Behörde des *vicejux* auch zum König sehr enge Fäden knüpften. Diese Dualität der Tätigkeit des Vizehofrichters wird in jener Urkunde lehrreich charakterisiert, die *vicejux* Paul am 15. Juli 1292 „der grösseren Sicherheit halber“ mit dem Siegel des königlichen Hofrichters ausgefertigt hat. Paul trägt in diesem Urteilsbrief vor, dass vor dem König ein Prozess zwischen dem Domkapitel von Gran und dem dortigen Kreuzherrenstift angestrengt wurde. Der König aber, „indem er sich der langweiligen und anstrengenden Angelagenheiten enthielt“, übertrug die Sache zwecks Ermittlung und Urteilsfällung dem damaligen *vicejux* Johannes, und gab ihm zwei Adelige als Beisitzer zur Seite. Als sie zum König zurückkehrten, trugen sie in Gegenwart der Parteien vor, dass sie an des Königs Statt Tribunal hielten und die Darlegungen des Kreuzherrenkonvents angehört haben. Hernach fertigten sie im Namen des Königs eine Urkunde aus, in welcher der Termin für die Vorlegung der schriftlichen Beweise bestimmt wurde, wonach der König das Urteil fällen wird. Zu diesem Termin war der König

abwesend, daher wurde mit der Urkunde des Kollegiatkapitels von Ofen ein neuer Termin festgesetzt. Damals wurden Urkundentranssumpte dem König vorgelegt. Er bestimmte für die Vorlegung der Originalurkunden einen neuen Termin, und beauftragte für den Fall seiner Abwesenheit den *vicejux* mit der Durchführung des Verfahrens. Zu diesem Termin fällte dann Vizehofrichter Paul in diesem Prozess das Urteil,²¹ das der König am 1. Februar 1293 bestätigte.²²

Ausserdem sind uns zahlreiche Prozesse bekannt, die der Vizehofrichter mit sehr vornehmen, vom König bestellten Beisitzern (königlicher Tavernikalmeister, gewesener Palatin, Komitatsgespane, königlicher Kapellengespan usw.) gerichtet hat.²³

Diese Tatsachen überzeugen uns davon, dass der königliche Vizehofrichter noch einfach der Mann des Hofrichters, sondern — zumindest zur Zeit Andreas' III. — wenigstens im gleichen Ausmass auch der Vertreter des königlichen Präsentialgerichtes war.

Gewiss sahen dies auch die Zeitgenossen so, ansonsten wäre der Vizehofrichter Martin in der Urkunde der Königin Fenenna vom Jahre 1295 kaum „der *vicejux* des allerhöchsten Herrn Königs Andreas“ genannt worden.²⁴

Das Amt des *vicejux* scheint in der behandelten Zeit ausserdem auch das wichtigste Justizorgan des königlichen Hofes gewesen zu sein: die Menge der Urteilsbriefe des königlichen Hofrichters verschwindet fast im Verhältnis der sich zwischen den Jahren 1295–1300 stets vermehrenden Anzahl der Urkunde des Vizehofrichters. Es gilt ausserdem als ein wichtiger Umstand, dass die Urteilsbriefe und verschiedene Mandate des *vicejux* — von wenigen Ausnahmen abgesehen — in Ofen, am königlichen Hof datiert sind. Aus der Prüfung der Datierung geht hervor, dass der Vizehofrichter und seine Schreibstube in der Kurie zu jeder Jahreszeit in Betrieb war und den prozessführenden Parteien ständig zur Verfügung standen. Hinsichtlich des Stils der Urkunden des *vicejux* stellte Szentpétery fest, dass sie sich den königlichen anpassten, zuweilen Wort für Wort deren Wendungen folgten.²⁵ Ein Befehlsbrief König Andreas' III. aus dem Jahre 1297 war an die „sich zur Zeit im Lande befindlichen Richter und vor allem an seinen Vizehofrichter“ gerichtet.²⁶

Diese Gestaltung der Dinge konnte kaum eine zufällige gewesen sein, vielmehr lässt sie eine bewusste Entwicklung, gerade von Seiten des Herrschers vermuten. Diese Feststellung wird auch durch die Analyse von zwei königlichen Privilegien unterstützt.

Das eine stammt aus dem Jahre 1274, und in diesem enthebt Ladislaus IV. das Volk des Kapitels von Zips — mit Ausnahme der Diebstahls-, Geld- und Zehentangelegenheiten — von der Jurisdiction des Gespans von Zips, und behält die Rechtsprechung über dieses dem König oder seinem Vizehofrichter oder dem Probst des Kapitels vor.²⁷ Mit der anderen Urkunde befreit Andreas III. seinen Kaplan, den Kanoniker Markus von Zips und dessen Bruder Michael im Jahre 1300 von der Gerichtsbarkeit des dortigen Gespans und Kastellans und unterwirft sie ausschliesslich der Rechtsprechung des Königs oder des *vicejux*.²⁸ Die Bedeutung die-

ser beiden Gerichtsprivilegien ist gerade dadurch gegeben, dass, obwohl im 13. Jahrhundert Exemptionen ähnlichen Charakters verhältnismässig häufig vorkommen, für gewöhnlich jene, die eines derartigen Privilegs teilhaftig werden, der Gerichtsbarkeit des Königs oder seines Hofrichters untergeordnet wurden. Wenn daher diese Urkunden neben dem König die Behörde des Vizehofrichters erwähnen, dann betrachtete demnach der König den *vicejux* als vertraulichen Vertreter seiner persönlichen Gerichtsbarkeit, der in allen Dingen seinen Absichten und Intentionen entsprechend vorgeht.

Noch sinnfälliger kommt diese Tatsache in der Urkunde Andreas' III. zum Ausdruck, in welcher die Verdienste des *vicejux* Martin aufgezählt werden. Demnach „bekleidete Martin das Amt des Vizehofrichters, das er als Vertreter des königlichen Hofrichters, des Meisters Apor aus unserem Wohlwollen und unserer besonderen Gnade erhielt, lobenswert.“²⁹ Comes Martin erhielt also das Amt des königlichen Vizehofrichters aufgrund des Wohlwollens und der besonderen Gnade des Königs! Die Bedeutung dieses Amtes im ganzen Land wird durch die Worte der genannten Urkunde klar dargestellt, wonach Martin dank seiner gerechten Rechtsprechung sich berechtigterweise seinen Ruhm verschaffte. Ausserdem rechnete der König dem Martin als besonderes Verdienst an, dass er ihm vom Tage seiner Thronbesteigung an mit unerschütterlicher Treue diente, und deshalb von seiten jener, die ihm untreu waren, viel Schaden erlitten hat.

Ein vollständiges Bild vom Charakter des Vizehofrichteramtes unter Andreas III. gewinnen wir, wenn wir jene Erklärung *vicejux* Martins berücksichtigen, die der Urteilsbrief im Besitzstreit zwischen den Nonnen der Margareteninsel und dem comes Jakob vom Jahre 1295 enthält: „Auch das haben wir in diese Urkunde aufnehmen lassen, dass indem magister Michael von Eisenburg, der Notar unseres Herrn, des königlichen Hofrichters Apor im Auftrag unseres selbigen Herrn, zwecks Durchsetzung seiner (Apor's) Rechte in unserer Gesellschaft mit uns beisammen war, und wir ihm in allen Sachen und Dingen, namentlich aber in der Sache unseres Siegels, wie unserem Kollegen vertrauten, dieser Michael hat über den erwähnten Besitz ohne unser Wissen und unsere Zustimmung dem Gespan Jakob angeblich unter unserem Siegel betrügerischerweise und rechtswidrig einen Urteilsbrief zum Schaden der Nonnen ausgestellt. Wenn dies so geschehen ist wie es behauptet wird, dann erklären wir dieses unter unserem Siegel, in Angelegenheit des Besitzes Vajszló gegen die Nonnen seitens des Gespans Jakob durch Betrug, Hinterlist und Böswilligkeit erworbene Privileg für nichtig und in allem für ungültig.“³⁰

Demnach betrachtete also der königliche Hofrichter seinen Servienten Martin nicht als seinen Mann und sein Organ, sondern hielt es für nötig „um seine Rechte durchzusetzen“ einen seiner Notare an seine Seite zu delegieren. Es scheint so, dass Martin den Beauftragten des königlichen Hofrichters als seinen Amtskollegen betrachtete.

Diese zuletzt zitierte Urkunde zeugt dafür, dass das Vizejudikat — in den letzten Jahren der Árpádenzeit — ausdrücklich die Statthalterei der richterlichen Präsenz des Königs war, und dass der königliche Hofrichter

gezwungen war seine alten Rechte, die sich an die Funktion des Vizejudikats knüpften und dem Ursprung der Institution entsprangen, neben dem *vicejudez* durch einen besonderen Delegierten zum Ausdruck zu bringen. Diese Erscheinung ist im System der Familiarität, das zur grundlegenden Institution der mittelalterlichen Verwaltung in Ungarn wurde, völlig neu und ungewohnt.³¹

In der zentralen Gerichtsbarkeit Andreas' III. barg diese Wandlung der Institution des Vizejudikats — in embryonaler Form — die Möglichkeit einer viel späteren Entwicklung in sich.

Als Ausgangspunkt dieser Entwicklung dürften wir die Tatsache annehmen, dass das Interesse der Geschäftsführung, die relative Menge der im königlichen Hof einlaufenden Prozesse die Errichtung eines mit dauernden Charakter funktionierenden Gerichtes erforderten. Die Leitung dieses Gerichtes konnte man aber zur Zeit Andreas' III. infolge der damals herrschenden Verhältnisse unmöglich einem feudalen Grossherrscher anvertrauen, selbst wenn dieser zufälligerweise ein unverbrüchlicher und unerschütterlicher Getreuer des Herrschers war. Die königliche Macht war zu sehr geschwächt und ihr Ansehen war zu tief gesunken, als dass es irgendein mächtiger Baron für wert erachtet hätte die Leitung des fortlaufend funktionierenden Gerichts der königlichen Kurie und demnach den dauernden Aufenthalt bei Hof auf sich zu nehmen. Einzelne, das königliche Hofrichteramt bekleidende mächtige Herren betrachteten ihre Würde viel eher für ein beehrendes Dekorum als für eine Beauftragung, die auch mit amtlichen Verpflichtungen verbunden ist.

Ein erschütternd scharfes Licht wirft hierauf z. B. eine Urkunde König Ladislaus' IV. Im Jahre 1278 hat nämlich der König „indem er auf sein königliches Wort geschworen hat“ unter der Zeugenschaft des Erzbischofs von Kalocsa, von vier Bischöfen, des Palatins, des königlichen Tavernikalmeisters, des Gespans von Pressburg, der Gespane von Ödenburg und Baranya den Sohn des Banus Stephan, den Banus Stephan in seine Gnade aufgenommen, gab ihm seine und seines Bruders Joachim sämtliche Güter zurück, ordnete ihm ein jährliches Einkommen von tausend Mark an und schenkte ihm die Würde des königlichen Hofrichters samt der Gespanschaft von Wieselburg. In der Beurteilung der Rolle des königlichen Hofrichters ist jenes Versprechen des Königs entscheidend, dass wenn Stephan nicht in Untreue fällt, diese Würde von ihm nicht genommen werde, „bis wir für ihn für eine ähnliche oder noch grössere und höhere Würde Sorge tragen können.“³² Die mit der Würde verbundenen etwaigen Amtsgeschäfte wurden nicht erwähnt, das Wesentliche an dem Akt war: dem Banus Stephan irgendeine „grosse und hohe Würde“ zuteil werden zu lassen. Der die Schwäche der königlichen Macht zum Ausdruck bringende Charakter der in der Urkunde enthaltenen Handlung wird formell und auch vom sphragistischen Standpunkt aus dadurch veranschaulicht, dass die obige Urkunde ausser dem Siegel König Ladislaus' IV. auch mit den Siegeln der weiter oben genannten hohen Würdenträger bekräftigt wurde.³³

Das Fernbleiben des königlichen Hofrichters von der Kurie geht auch aus der Urkunde vom Jahre 1298 hervor, welche die Punkte der „Paction“ zwischen dem König Andreas III. und seinem Hofrichter Stephan aus dem Geschlecht Ákos enthält. Andreas erklärt nämlich, dass falls dem Hofrichter mit wem immer ein Streit entstehen oder er von irgendjemandem Schaden erleiden würde, er ihm beistehen und behilflich sein werde „wann und wie oft er auch vor unsere Augen kommt“, wenn aber dem König irgendein Verdacht gegen seinen Hofrichter auftauchen würde, werde er ihm nicht schaden „auch wenn er sich bei Hofe aufhält.“³⁴

Aber nicht nur das Amt des königlichen Hofrichters entsprach um die Wende des 13. und 14. Jahrhunderts zur Besorgung der Justizangelegenheiten in der Kurie nicht, sondern auch das Palatinat dürfte in der Hand des Barons, der diese Würde bekleidete, ein Mittel zur Schwächung der königlichen Macht gewesen sein.

Obwohl Palatin Amadaeus um 1293 über seinen Richterstuhl folgendes schreibt: „Die Rechtsprechung des ganzen Königreichs ist an uns gelegen“,³⁵ und auch die Gesetze aus den Jahren 1291 und 1298 Verfügungen über die Gerichtsbarkeit des Palatins auf dem Lande enthalten, können wir doch nicht feststellen, dass seine Behörde die Gesichtspunkte der zentralen Gewalt in der Rechtspflege durchsetzte.

Die Tatsache, dass wir in den Jahren 1289 und 1298 von gleichzeitigen Amtieren zweier Palatine Kenntnis haben,³⁶ und Karl I. im Jahre 1307 gleichzeitig sogar drei Palatine erwähnt, auf deren Rat er gehandelt hat,³⁷ kann dies nicht einfach mit der Kompliziertheit der Verwaltungs- und Justizaufgaben erklärt werden, sondern vielmehr damit, dass der König gezwungen war für sich – wenn auch nur vorübergehend – die Unterstützung der mächtigsten Oligarchen durch Verleihung der höchsten Würden des Königreichs zu sichern. Die Mitglieder der Oligarchie hingegen dürften diese Würden zur noch weiteren Schmälerung der Königsmacht benutzt und eigenmächtig solche Massnahmen getroffen haben, die ausdrücklich dem königlichen Rechtsbereich zustanden.

Das eklatanteste Beispiel hierfür ist, dass der Palatin Amadaeus, der seinerzeit auch Gespan des Komitates war, im Jahre 1298 Burgleute von Ung in den Adel erhoben hat, indem er erklärte: „die Bekräftigung dieser Erhebung in den Adelsstand werden wir für unsere Dienste vom Herrn König erlangen.“³⁸

Matthaeus Csák verweigerte es als Palatin im Jahre 1299 einen Prozess und den mit diesem zugeurteilten Zweikampf dem königlichen Hof zu unterbreiten, und zwar mit der verblüffenden Begründung: „da nicht er den Zweikampf zwischen den Parteien zugeurteilt hat... sondern diese einander der *nota infidelitatis* bezichtigten und voneinander gegenseitig behaupteten dem Palatin untreu zu sein. Daher hat einer den anderen zum Zweikampf herausgefordert; ferner betrifft die erwähnte Sache der Untreue die Person Matthaeus' ... und diese könne sich in Zukunft zu seiner Gefahr entarten. „Matthaeus Csák, als Palatin, trat in diesem Fall geradeaus als Rivale des Königs auf und forderte für sich Hoheitsrechte. Gemäss der Urkunde des Königs hatte eine der in dieser Angelegenheit

prozessführenden Parteien „keine Lust (displicuisset)“ vor der *praesentia* des Königs zu erscheinen.³⁹ Der Streitfall wurde dann – in Abwesenheit der Partei – vom *Vizehofrichter* behandelt und der König fällte das Urteil.

In Kenntnis dieser Tatsachen steht die Ursache der Vertretung der Präsenz des Königs durch seinen Vizehofrichter klarer vor uns. Der Herrscher war dazu *gezwungen* ein Gericht an seinem Hof mit ständigem Charakter zu schaffen und dessen Leitung einer Person anzuvertrauen, die geneigt und auch fähig ist den fortlaufend funktionierenden Richterstuhl der Kurie zu leiten. Es handelte sich aber noch um viel mehr: Andreas III. benötigte jemanden, der in der zugespitzten politischen Situation als verlässlicher, vertrauter Mitarbeiter auch gegen die mächtigsten Oligarchen bereit ist im sowohl von politischem wie auch vom Gesichtspunkt der Justiz in gleicher Weise wichtigsten Richteramt die Vertretung der *praesentia regia* zu übernehmen und die Intentionen des Königs auf dem Gebiet der Rechtsprechung durchzusetzen.

Den Rahmen zur Leitung der Kurialgerichtsbarkeit und zur Einschränkung des Einflusses der Oligarchie bot das Vizejudikat, das sich im System der Familiarität – der speziellen ungarländischen Form der Vasallität – schon früher entwickelt hatte, fast fertig.

Die Funktion des *vicejude* als Vertreter der königlichen Präsenz und seine familiäre (serviente) Abhängigkeit vom Hofrichter gerieten in Gegensatz zueinander, da der *vicejude* die Behörde *des Königs*, nicht aber die *des königlichen Hofrichters* vertrat. Deshalb begann dann das Amt schon über den Rahmen der Familiarität hinauszuwachsen, die Hülle, in der es zustandekam, zu sprengen, und gelangte zu jener Schwelle, nach deren Überschreitung es nur noch zum ausschliesslich vom König abhängenden Amt werden konnte. An diesem Punkt geriet die Institution vor eine Perspektive, die im ungarländischen Amtssystem des Mittelalters nur am Höhepunkt der Blütezeit des ungarischen Feudalstaates, unter König Matthias Corvinus (1458 – 1490) verwirklicht wurde. Es war dies eine sehr beachtenswerte Erscheinung im letzten Jahrzehnt der Árpádenzeit: für eine ganz kurze Übergangsperiode – scheint es – war die Möglichkeit dessen nahe, dass sich die Leitung der Kurialgerichtsbarkeit von der Familiarität losmacht, nicht die Würde eines Barons und feudalen Grossgrundbesitzers sein wird, sondern in die Hände eines vom König anhängigen Adligen gerät.

Die für die Leitung dieses Gerichts geeignete Person konnte nur der – gegenüber der Barone – niedrigeren Schichte des begüterten Adels hervorgehen. Die Leitung der Gerichtsbarkeit an der königlichen *praesentia* konnte ihre Ambitionen befriedigen, ihnen einen gesellschaftlichen Aufstieg und eine Vermehrung ihres Vermögens bieten. Das im Dienste des Königs übernommene Amt vermochte ihnen den Weg der Bereicherung und den Aufstieg auf der Rangstufenleiter der feudalen Gesellschaft ermöglichen. Zur Besitzgewinnung bot ihnen teils die Beteiligung an den Geldbussen, teils für ihre Verdienste aus Gnaden des Herrschers Möglichkeit.

Von den Vizehofrichtern sind wir bloss über die soziale Stellung und die Vermögensverhältnisse Martins relativ ausführlich unterrichtet. Was

wir aber über ihn wissen, steht nicht im Gegensatz zu unserer obigen Annahme, ja, es bekräftigt diese sogar. Daher können wir aufgrund unserer Kenntnisse über Martin mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit auch auf die Verhältnisse der übrigen Vizehofrichter folgern.

Für die gesellschaftliche Lage und die Denkungsweise Martins erachten wir die Vereinbarung für kennzeichnend, die er im Jahre 1296 mit Matthaeus Csák abgeschlossen hat. Demnach vertauscht der Vizehofrichter mit Matthaeus Csák ein ihm (Martin), als richterlicher Anteil zustehendes Gut für 200 Mark und einen Panzer „wie ihn solche Barone des Königs wie Meister Matthaeus zu tragen pflegen“.⁴⁰

Sein Stammgut war Devecser. Auch das von seinem Siegel bekannte Wappen zeugt dafür, dass er der Servient des königlichen Hofrichters Apor aus dem Geschlecht Pécs gewesen ist.⁴¹ Als Kastellan von Lendva erhielt er im Jahre 1274 für die Verteidigung der Burg eine bedeutende Donation von IV.: das an sein Stammgut Devecser grenzende Gut Kohár.⁴² Die Donation wurde 1291 von Andreas III. bestätigt, weil Martin samt seinen Verwandten am Feldzug gegen den österreichischen Herzog teilnahm und einen seiner Vettern verlor.⁴³ Im Jahre 1293 erscheint er als königlicher Vizehofrichter. Als *vicejudeus* erwies er sich als grosser Besitzerwerber: von der Königin erhielt er als Donation Taszár⁴⁴ und Izsa,⁴⁵ als richterlicher Anteil gelangte er in den Besitz der Hälfte der Burg Vöröskő samt Zubehör,⁴⁶ die er später verkaufte, usw.

*

Eine besonders erwähnenswertes Moment der Gerichtsbarkeit des *vicejudeus* ist, dass in den Jahren 1299 und 1300 unter seinen Beisitzern wiederholt solche Personen erscheinen, von denen anzunehmen ist, dass sie mit den aufgrund des Gesetzes vom Jahre 1298 zur Seite des Königs „*consilarii per regnum deputati*“ identisch sind. Über die Funktion des Rates, dessen Einsetzung im Gesetz angeordnet wurde, sind uns unmittelbar kaum einige Spuren bekannt. Eine derartige Spur ist vor allem die Urkunde König Andreas' III. vom 21. Februar 1299 laut welchem ein Besitztausch in Gegenwart des Königs, des Gespans von Neutra und Bars, Thomas, ferner Heinrichs aus dem Geschlecht Balog, als „*consilarii per regnum deputati*“ und gewisser Barone erfolgt ist.⁴⁷ Dem Namen nach sind nur diese beiden als „*vom regnum* an die Seite des Königs deputierten Berater“ bekannt. Den Streitfall aber, auf den wir in Anmerkung 39/ hingewiesen haben, und den auch der Vizehofrichter behandelt hat, entschied Andreas III. mit gewissen, dem Namen nachaufgezählten Baronen und Adligen, darunter dem weiter oben genannten Gespan Thomas und (den Worten der Urkunde nach) „*alii consilarii*“. Die Gegenwart Thomas' ist der Beweis dessen, dass unter „*alii consilarii*“ die „*vom regnum* delegierten Berater“ zu verstehen sind, selbst wenn ihre Namen und ihre diesbezügliche Eigenschaft in der Urkunde nicht besonders genannt sind.

Die Funktion dieses Rates erfordert eine noch weitere Prüfung, die wir bei einer anderen Gelegenheit durchzuführen beabsichtigen. Das können wir jedoch schon jetzt mit Sicherheit behaupten, dass seine Mitglieder

nicht allein an der Entscheidung solcher Streitfälle teilnehmen, die der König persönlich behandelte, sondern als vom König bestellte Beisitzer auch unter dem Vorsitz des *vicejudex* öfters Gericht hielten, wie z. B. Thomas am 31. Juli 1299 und am 30. April 1300.⁴⁸

*

Von der die *praesentia regia* vertretenden Rechtsprechung des Vizehofrichters haben wir auch einige spärliche Erinnerungen aus den Jahren unmittelbar nach dem Aussterben des Árpádenhauses.⁴⁹

Die kuriale Gerichtsbarkeit zur Zeit der Könige aus dem Hause Anjou entwickelte sich aber auf einem anderen Weg weiter und führte nicht zur Entfaltung der Entwicklung, deren Antezedenz die Tätigkeit des *vicejudex curiae regiae* unter Andreas III. hätte sein können. Ungefähr seit 1320 steht ununterbrochen der königliche Hofrichter an der Spitze der kurialen Gerichtsbarkeit, und seine dauernde Rechtssprechung am Hof kann genau verfolgt werden. In der Umgebung Karls I. rissen nach der Niederbrechung der alten Oligarchie die hohen Würden „homines novi“, neue Grossgrundbesitzer an sich, die ihren Aufstieg ihm verdanken konnten, und daher ihm treu waren. Diese erwiesen sich in den höchsten Würden des Regimes als Stützen der neuorganisierten und starken königlichen Gewalt.

„Wir stiegen durch die Gunst der Gnade des Höchsten Richters und mit Zustimmung jenes erlauchten Fürsten, des Herrn Karl, aus Gottes Gnaden König von Ungarn, in die Höhe seines Richterstuhls, der mit voller Frömmigkeit und mit der Verehrung der Herrlichkeit geziert der natürliche Herr Ungarns ist“ — verkündet 1320 der königliche Hofrichter Lampert.⁵⁰ „Dem Willen unseres Herrn, des Königs... haben wir mit ordentlicher Macht das höchste Gericht von Ungarn in Händen“ — bekennt sein Nachfolger Alexander in Jahre 1327.⁵¹

Unter solchen Umständen entwickelte sich die Bedeutung des Amtes des *vicejudex* rückläufig und seine Tätigkeit beschränkte sich auf die Erledigung der ihm vom Hofrichter übertragenen Aufgaben.

Allerdings selten, doch ist er zuweilen im königlichen Hof auch zwischen seinen Beisitzern des Palatins zu sehen, doch hält er sich oft auf dem Lande auf, und unter seinen Urkunden kommen am häufigsten Bestätigungen über die Eintreibung von Geldbussen für den Hofrichter vor, die er in seinem eigenen Namen oder gemeinsam mit dem Eintreiber der Busse ausfertigte.⁵² Seine richterliche Tätigkeit hängt im allgemeinen vom Gutdünken des Hofrichters ab, und geht im traditionellen Rahmen der Familiari-tät vor sich.

Ein seltenes Beispiel dessen, dass er auch im königlichen Hof zu Wort kommen konnte, ist die in Visegrád am 20. Juli 1342 ausgefertigte Urkunde. In dieser trägt Comes Desiderius, „*vicejudex in aula regali*“ (auch die Intitulation ist charakteristisch!) vor, dass indem eine bestimmte prozessführende Partei zwölf Tage lang vor ihm wartete, während sich sein Herr, der königliche Hofrichter nach Stuhlweissenburg entfernt hat (offenbar zum Begräbnis Karls I. und zur Krönungsfeierlichkeit Ludwigs I.) der Gegner hingegen nicht erschienen war, er die fernbleibende Partei —

es sei denn, dass sie sich bei dem in Stuhlweissenburg weilenden Hofrichter gemeldet hat — mit Busse belegt und den Prozess verurteilt hat.⁵³ Diese, seitens des vicejudex im königlichen Hof erfolgte Prozessverurteilung war sicherlich dadurch begründet, dass ihn der nach Stuhlweissenburg vertriebene königliche Hofrichter für die Zeit seiner Abwesenheit mit dem Versehen seiner Geschäfte beauftragt hat.

Den hier charakterisierten, schon an sich eingeschrumpften Wirkungskreis des Vizehofrichters engte dann das Amt des Protonotars des Hofrichters, das immer mehr an Bedeutung gewann,⁵⁴ weiter ein.

ANMERKUNGEN

- ¹ Die im Laufe des Jahrhunderts in der Rechtssprechung erfolgten Veränderungen fasst L. Kumorovitz in seiner Arbeit „A királyi kápolnaispán oklevéladó működése. — A királyi kancellária fejlődése a XIV. és XV. század fordulóján.“ (Die Beurkundungstätigkeit des königlichen Kapellengespans. — Entwicklung der königlichen Kanzlei um die Wende des 14. und 15. Jahrhunderts.) prägnant zusammen. Regnum. Egyháztörténeti Évkönyv (Regnum. Jahrbuch für Kirchengeschichte), Jg. 1942/43. S. 455.
- ² Bezüglich dessen und des Vorangehenden s. P. Váczy: A királyság központi szervezete Szent István korában (Die zentrale Organisation des Königtums zur Zeit Stephans des Heiligen). Szent István Emlékkönyv (Sankt Stephan — Gedenkbuch), Bp. 1938. Bd. II. S. 57 ff.
- ³ I. Hajnik: A király bírósági személyes jelenléte és ennek helytartója a vegyesházakbeli királyok korszakában (Die personalis praesentia regia in iudiciis und deren Statthalter 1301–1426.) Bp. 1892. S. 4–6.
- ⁴ Kumorovitz: gen. Werk, S. 463–464, Anmerkung 50. — Über die Entwicklung in Österreich G. Hödl, Friedrich d. Schöne und die Residenz Wien. Ein Beitrag zum Hauptstadtdproblem. Jahrbuch des Vereins für Geschichte der Stadt Wien. 26. (1970) passim.
- ⁵ Hazai Okmánytár — kurz: HO (Codex diplomaticus patrius), Bd. VII, S. 9.
- ⁶ Die Namensliste der königlichen Hofrichter des 13. Jahrhunderts und ihrer Vertreter stellte M. Wertner zusammen: Az Árpád-kori ország- és udvarbírák genealógiája (Genealogie der Hofrichter der Könige und Königinnen in der Arpadenzeit). Turul, Jg. 1901, S. 7–26 und 54–73.
- ⁷ Árpád-kori Új Okmánytár — kurz: ÁUO (Codex diplomaticus Arpadianus continuatus), Bd. VIII, S. 35–37 und Sopron vm. története (Geschichte des Komitats Ödenburg.) Oklevéltár (Urkundenbuch), Bd. I, S. 43–44.
- ⁸ A. a. O.
- ⁹ Monumenta Ecclesiae Strigoniensis (kurz: MES), Bd. II, S. 332.
- ¹⁰ J. Csoma, Magyar nemzetségi címerek (Ungarische Geschlechtswappen), Bp. 1904, S. 139.
- ¹¹ HO Bd. VII, S. 274–275.
- ¹² Wertner: a. a. O.
- ¹³ HO Bd. VI, S. 148–150.
- ¹⁴ Hazai Oklevéltár (Vaterländische Urkundensammlung), S. 55–56.
- ¹⁵ I. Szentpétery, Magyar oklevéltan (Ungarische Urkundenlehre). Bp. 1930, S. 117.
- ¹⁶ ÁUO Bd. IX, S. 399.
- ¹⁷ Hazai Oklevéltár S. 111–112.
- ¹⁸ Zichy Okmánytár — kurz: ZO. (Cod. dipl. familiae... comitum de Zichy), Bd. I. S. 45–46. Siehe für solche Fälle z. B. auch HO Bd. VII, S. 340–341. Hazai Oklevéltár, S. 119–120, aus der Zeit Andreas III. ÁUO Bd. X, auf Seiten 354–355 und 358–359 veröffentlichte Urkunden.
- ¹⁹ MES Bd. II, S. 342–344 und 365–368. G. Fejér, Codex Diplomaticus Regni Hungariae Ecclesiasticus ac Civilis (kurz: CD), Bd. VII/5, S. 549–553 usw. — Die Funktion des Vizejudex als Vertreter der praesentia regia am Ende des 13. Jahrhunderts stellte im vorigen Jahrhundert als erster G. Bartal fest (Commentarii ad historiam status iurisque publici Hungariae aevi medii. Posonii 1847. Bd. II, S. 203 ff.)

- ²⁰ ÁUO Bd. XII, S. 585–587.
²¹ MES Bd. II, S. 329–332.
²² A. a. O., S. 339–340.
²³ Z. B. ÁUO Bd. X, S. 379–380 und 382–387 usw.
²⁴ HO Bd. VII, S. 242–243.
²⁵ Magyar Oklevéltan, S. 141.
²⁶ Győri tört. és régészeti füzetek (Raaber historische und archäologische Hefte), 1864, Heft III/2, S. 115.
²⁷ HO Bd. VI, S. 196–197.
²⁸ S. Katona, Historia critica regum Hungariae stirpis Arpadianae, Bd. VI, S. 1237–1238. — Über die Gerichtsexemptionen und die Rolle des königlichen Hofrichters s. I. Hajnik: A magyar bírósági szervezet és perjog az Árpád- és vegyesházi királyok alatt (Die ungarische Gerichtsverfassung und das Prozessrecht vor 1526.) Bp. 1899, S. 15–18.
²⁹ ÁUO Bd. X, S. 261.
³⁰ ÁUO Bd. X, S. 196–197. — Den Wortlaut des besprochenen falschen Urteilsbriefs im inhaltlichen Transsumpt des Palatins Nikolaus Gara s. ÁUO Bd. XII, S. 567–568.
³¹ Aus der Literatur des Problems: Gy. Szekfű, Servienek és familiárisok (Serviente und Familiäre). Bp. 1912. J. Holub, A főispán és alispán viszonyának jogi természete, Fejérpataky Emlékkönyv (Die Rechtsnatur des Verhältnisses zwischen Obergespan und Vizegespan, Festschrift Fejérpataky), Bp. 1917 sowie E. Mátyusz, A magyar társadalom a Hunyadiak korában, Mátyás király Emlékkönyv (Die ungarische Gesellschaft zur Zeit der Hunyaden, König Matthias-Gedenkbuch), Bp. 1940, Bd. I.
³² CD Bd. V/2, S. 447–448.
³³ Fejér fand auf ihr noch acht Siegel. (A. a. O. S. 449.) Über die Urkunde s. auch I. Szentpétery — I. Borsa, Az Árpád-házi királyok oklevelének kritikai jegyzéke (Regesta regum stirpis Arpadianae critico-diplomatica). Bd. II, Heft 2–3. Bp. 1961. Nr. 2870. — Über die Bedeutung der Mitbesiegelung s. L. Kumorovitz, A magyar pecséthasználat története a középkorban. Klny. a gödöllői Szent Norbert-gimnázium Évkönyvéből) Geschichte des Siegelgebrauchs in Ungarn im Mittelalter. Sonderabdruck aus dem Programm des Sankt-Norbert-Gymnasiums zu Gödöllő. Bp. 1944, S. 77.
³⁴ HO Bd. VI, 431–435.
³⁵ Hajnik, gen. Werk, S. 19, Anmerkung 41.
³⁶ Gy. Pauley, A magyar nemzet története az Árpád-házi királyok alatt (Geschichte der ungarischen Nation unter den Arpaden). Bp. 1899.² Bd. II, S. 406 und 458–459.
³⁷ Anjou-kori Okmánytár — kurz: AO (Codex diplomaticus Hungaricus Andegavensis), Bd. I. S. 131–133.
³⁸ OLDI (Ungarisches Nationalarchiv, Budapest, Diplomataria) Nr. 40366. — Die Urkunde wurde durch J. Karácsonyi nach dem Transsumpt Karls I. vom Jahre 1317 mit Weglassungen veröffentlicht. Századok, Jg. 1902, S. 869.
³⁹ HO Bd. VI, S. 441 ff.
⁴⁰ CD Bd. VI/2, S. 45–46.
⁴¹ S. Anmerkung 10.
⁴² Szenpétery-Borsa: gen. Werk, Nr. 2571.
⁴³ Ung. Nationalarchiv, Photosammlung. Senioratsarchiv der Familie Pálffy, F. XXVII, Nr. 231.
⁴⁴ CD Bd. VI/1, S. 241.
⁴⁵ HO Bd. VII, S. 242–243.
⁴⁶ CD Bd. VI/2, S. 45–46.
⁴⁷ ÁUO Bd. V, S. 202.
⁴⁸ HO Bd. VI, S. 445–450. — ÁUO Bd. X, S. 382–387.
⁴⁹ So wird in der Urkunde OLDI Nr. 46353 der Urteilsbrief des Vizehofrichters Thomas vom 25. Juni 1302, ferner erstattet das Kreuzherrenstift von Gran auf Ersuchen des genannten Vizehofrichters am 6. Juli 1302 Meldung dem König Wenzeslaus (AO Bd. I, S. 33–34.) Ebenfalls auf Ersuchen desselben Vizejudex stattet das Ofner Kollegiatkapitel im Jahre 1305 dem König Meldung. (L. B. Szabó, Pest megye történetének okleveles emlékei (Urkunden zur Geschichte des Komitats Pest). Bp. 1938, S. 30.)
⁵⁰ OLDI Nr. 40389.
⁵¹ Zitiert v. Hajnik: gen. Werk, S. 33, Anmerkung 4.

- ⁵² Z. B. aus dem Jahre 1329: AO Bd. II, S. 390 und 419; aus dem Jahre 1335: OLD1 Nr. 63660; aus dem Jahre 1358: OLD1 Nr. 51815 usw.
- ⁵³ ZO Bd. II, S. 41–42.
- ⁵⁴ I. Bertényi, Zur Gerichtstätigkeit des Palatins und des Landesrichters (judex curiae regiae) in Ungarn im XIV. Jahrhundert. (Annales Universitatis Budapestinensis de Rolando Eötvös Nominatae, Sectio Historica VII.) Bp. 1965. S. 29–42.